

Jahresabschluss 2010



139. Geschäftsjahr



Jahresbilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anhang
Lagebericht

1. Jahresbilanz zum 31.12.2010

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			2.424.513,04		2.137
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			23.622.784,25		23.108
darunter: bei der					
Deutschen Bundesbank	23.622.784,25			(23.108)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			—	26.047.297,29	—
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			—		—
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	—			(—)
b) Wechsel			—	—	—
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			49.757.295,76		88.571
b) andere Forderungen			2.521.540,74	52.278.836,50	3.847
4. Forderungen an Kunden				1.408.450.517,71	1.367.875
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	917.170.766,01			(882.963)
Kommunalkredite	—			(—)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		—			—
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	—			(—)
ab) von anderen Emittenten		—	—		—
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	—			(—)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		—			—
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	—			(—)
bb) von anderen Emittenten		42.114.087,68	42.114.087,68		46.450
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	42.114.087,68			(46.450)
c) eigene Schuldverschreibungen			—	42.114.087,68	—
Nennbetrag	—			(—)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				220.391.251,59	204.158
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			6.877.695,55		6.878
darunter:					
an Kreditinstituten	478.816,82			(479)
an Finanzdienstleistungsinstituten	—			(—)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			6.050,00	6.883.745,55	7
darunter:					
bei Kreditgenossenschaften	—			(—)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	—			(—)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				—	—
darunter:					
an Kreditinstituten	—			(—)
an Finanzdienstleistungsinstituten	—			(—)
9. Treuhandvermögen				—	—
darunter: Treuhandkredite	—			(—)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				—	—
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			—		—
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			107.241,42		121
c) Geschäfts- oder Firmenwert			—		—
d) Geleistete Anzahlungen			—	107.241,42	—
12. Sachanlagen				9.307.518,68	9.768
13. Sonstige Vermögensgegenstände				6.557.854,44	7.233
14. Rechnungsabgrenzungsposten				289.701,22	273
Summe der Aktiva				1.772.428.052,08	1.760.426

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			30.025.948,64		30
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>192.213.897,42</u>	222.239.846,06	239.333
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		733.176.239,99			646.381
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>81.686.696,38</u>	814.862.936,37		81.957
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		252.117.265,79			208.167
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>374.901.559,06</u>	<u>627.018.824,85</u>	1.441.881.761,22	479.546
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		1
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter:					
Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				4.022.713,16	4.322
6. Rechnungsabgrenzungsposten				45.681,50	75
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			6.025.553,11		5.033
b) Steuerrückstellungen			626.821,00		587
c) andere Rückstellungen			<u>3.832.492,08</u>	10.484.866,19	4.517
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				2.537.240,65	2.537
10. Genussrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11.				-	-
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			15.039.173,56		14.347
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		9.600.000,00			9.300
cb) andere Ergebnisrücklagen		63.849.660,39			61.600
cc) _____		-	73.449.660,39		-
d) Bilanzgewinn			<u>2.727.109,35</u>	91.215.943,30	2.693
Summe der Passiva				1.772.428.052,08	1.760.426
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			169.703,99		215
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	169.703,99	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>125.688.751,52</u>	125.688.751,52	89.162
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		66.490.412,79			65.912
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>1.641.741,69</u>	68.132.154,48		968
2. Zinsaufwendungen			<u>-48.979.189,72</u>	19.152.964,76	- 52.118
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			7.096.648,25		8.992
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			110.151,76		124
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>-</u>	7.206.800,01	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			2.508.044,24		2.233
6. Provisionsaufwendungen			<u>- 2.814.937,05</u>	- 306.892,81	- 2.950
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				861.218,04	627
darunter: aus der Abzinsung		509,57		(-)
9.		-		-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		- 6.662.736,60			- 6.924
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>-1.953.989,49</u>	- 8.616.726,09		- 1.816
darunter: für Altersversorgung	- 668.362,05			(- 532)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>- 8.266.257,96</u>	- 16.882.984,05	- 7.819
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				- 715.404,44	- 721
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				- 609.848,38	- 345
darunter: aus der Abzinsung		- 393.766,50		(-)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			- 3.707.929,16		- 1.763
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>-</u>	- 3.707.929,16	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			<u>-</u>		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			55.000,00	55.000,00	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.		-		-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				5.052.923,97	4.400
20. Außerordentliche Erträge			-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>- 498.290,05</u>		-
22. Außerordentliches Ergebnis				- 498.290,05	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			- 1.783.955,55		- 1.669
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>- 43.569,02</u>	<u>- 1.827.524,57</u>	<u>- 38</u>
25. Jahresüberschuss				2.727.109,35	2.693
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				2.727.109,35	2.693
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			<u>-</u>	-	-
				2.727.109,35	2.693
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			<u>-</u>	-	-
29. Bilanzgewinn				2.727.109,35	2.693

A. Allgemeine Angaben

- In der Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich aufgrund der Umsetzung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes und der RechKredV Veränderungen durch neue Positionen bzw. bei den Bezeichnungen. Aufgrund Art. 67 Abs. 8 S. 2 EGHGB war eine Anpassung der Vorjahreszahlen sowohl in der Bilanz als auch in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht erforderlich.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Barreserve:	Nennwert.
Forderungen an Kreditinstitute:	Nennwert zuzüglich anteiliger Stückzinsen.
Forderungen an Kunden:	Nennwert abzüglich angemessener Abschläge für sämtliche Risiken, zuzüglich anteiliger Stückzinsen; wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird zinsanteilig aufgelöst. Dem allgemeinen Risiko wurde durch einen pauschalen Abschlag Rechnung getragen.
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere:	Wertpapiere des Umlaufvermögens sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere:	Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.
Beteiligungen und Geschäftsanteile bei Genossenschaften:	Anschaffungskosten oder der ihnen beizulegende niedrigere Wert.
Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen:	Steuerlich aktivierungspflichtige Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung. Unbewegliche Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,00 EUR netto werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Bewegliche Wirtschaftsgüter ab 150,00 EUR bis 1.000,00 EUR netto werden in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und gleichmäßig über 5 Jahre abgeschrieben. Die Abschreibungen für bewegliche Sachanlagen über 1.000,00 EUR netto werden für jeden vollen Monat seit Anschaffung berechnet.
Sonstige Vermögensgegenstände:	Die Aktivierung der sonstigen Vermögensgegenstände erfolgte zu den Anschaffungskosten. Die Aktivierung der Forderungen erfolgt zu dem jeweiligen Nennwert. Der Erstattungsanspruch gegenüber dem Finanzamt für das Körperschaftsteuerguthaben wurde zum Barwert bilanziert.
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:	Rückzahlungsbetrag zuzüglich anteiliger Stückzinsen.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden:	Rückzahlungsbetrag zuzüglich anteiliger und fälliger Zinsen.
Sonstige Verbindlichkeiten:	Rückzahlungsbetrag.
Rückstellungen:	Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Zins hinausgehende Vorteile für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem Anschaffungsbarwertverfahren (PUCM) berechnet. Hierbei wurden die Sterbefälle von Heubeck zugrunde gelegt. Als Rententrend wurden 2 % bzw. 3 % angenommen. Der Abzinsungssatz wurde bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren mit 5,15 % festgelegt. Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 186 TEUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 156 TEUR. Hierbei handelt es sich um das Deckungskapital der Rückdeckungsversicherung zum 31.12.2010. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 534 TEUR.
Nachrangige Verbindlichkeiten:	Rückzahlungsbetrag.
Swaps:	Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuches einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten.
Bürgschaften:	Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben „Unter dem Bilanzstrich“ ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die überwiegende Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme auslaufen.
Unwiderrufliche Kreditzusagen:	Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2010 i. H. von 125.689 TEUR betreffen 125.689 TEUR Zusagen von Büchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge	a) Zuschreibungen b) Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Abschreibungen (kumuliert)	Buchwerte am Bilanzstichtag	Abschreibungen Geschäftsjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	302.814	–	a) – b) –	a) 48.693 b) –	146.880	107.241	14.254
Sachanlagen	10.708.396	84.625	a) – b) –	a) – b) –	3.123.253	7.669.768	179.778
a) Grundstücke u. Gebäude							
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.921.888	169.369	a) – b) –	a) 182.659 b) –	4.270.847	1.637.751	521.371
a	16.933.098	253.994	a) – b) –	a) 231.352 b) –	7.540.980	9.414.760	715.403

	Anschaffungs- kosten	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	28.857.206	- 4.103.229	24.753.977
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	6.884.746	- 1.000	6.883.746
b	35.741.952	- 4.104.229	31.637.723
Summe a und b	52.675.050		41.052.483

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- ▶ In den Forderungen an Kreditinstitute sind **EUR 50.108.690** Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

- ▶ Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	bis 3 Monate	EUR	547.790
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	EUR	–
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	EUR	–
	mehr als 5 Jahre	EUR	–
Forderungen an Kunden (A 4)	bis 3 Monate	EUR	20.114.780
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	EUR	46.572.429
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	EUR	237.579.541
	mehr als 5 Jahre	EUR	1.101.810.411

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind **EUR 2.373.357** Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- ▶ Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr **EUR 6.113.588** fällig.

- ▶ In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	–	–	59.893	47.483
Forderungen an Kunden (A 4)	–	–	–	271.264

- ▶ In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	42.114.088	42.114.088	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	4.821.875	46.517	4.775.358	–

In der Wertpapieraufstellung sind die nicht mit dem Niederstwert bewerteten börsenfähigen Wertpapiere gesondert gekennzeichnet. Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen in folgendem Umfang (§ 285 Satz 1 Nr. 18 HGB): Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6) mit einem Buchwert von 24.754 TEUR haben einen niedrigeren Zeitwert von 23.324 TEUR. Für einen Spezialfonds in der Aktivposition 6 sind außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB deshalb unterblieben, da die Anlagestrategie des Fonds darin besteht, dauerhaft ordentliche Erträge zu erwirtschaften. Der Spezialfonds investiert in erstklassige Bonitäten, es wird von einer Rückzahlung der Wertpapiere ausgegangen. Von einer nicht dauerhaften Wertminderung ist auszugehen.

- ▶ Wir halten Anteile oder Anlageaktien an inländischen oder vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen (§1 bzw. § 2 Abs. 9 InvG) von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	215.569	214.364	- 1.205	6.900	Ja

- ▶ Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	EUR	7.669.768
Betriebs- und Geschäftsausstattung	EUR	1.637.751

- ▶ Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Steuererstattungsanspruch aus Körperschaftsteuerguthaben	EUR	6.141.504
--	-----	-----------

- ▶ Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (A 14) sind **EUR 36.798** Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten (Vorjahr: **EUR 42.202**) enthalten.

- ▶ Latente Steuern wurden in der Bilanz nicht ausgewiesen.

- ▶ In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten – Unterposten	Geschäftsjahr		Vorjahr	
A 3 DZ Bank Namensgenussscheine	EUR	–	EUR	530.750
A 4 Forderungen an Kunden	EUR	–	EUR	271.264
A 6 DZ Bank Genussrechte	EUR	36.871	EUR	36.871

- ▶ In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind **EUR 175.167.193** Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

- ▶ Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	5.564.615	8.376.808	88.355.516	89.916.958
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten (P 2ab)	18.341.976	56.061.276	5.635.205	1.648.239
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	47.661.853	37.995.178	232.205.288	57.039.240

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- ▶ Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

abzuführende Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag	EUR	2.654.811
---	-----	-----------

- ▶ Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagioträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von **EUR 45.282** (Vorjahr: EUR 74.248) enthalten.

- ▶ Angaben zu Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten)

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von **EUR 105.042** an.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeiten ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangiger Gläubiger zurückzuzahlen.

Für die nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen:

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 5 Jahre. Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden entsprechen den Vorschriften des § 10 Abs. 5a Nr. 1 und 3 KWG.

- ▶ In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	–	–	25.103	29.922

- ▶ Die unter Passivposten 12a „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	EUR 14.748.473
b) der ausscheidenden Mitglieder	EUR 284.761
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	EUR 5.940
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR 3.658

- Die Ergebnisrücklagen (P 12c) haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
Stand 01.01.2010	EUR 9.300.000	EUR 61.600.000
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	EUR 300.000	EUR 1.500.000
Zuführung nach BilMoG Art. 67 Abs. 1 bzw. 6	-	EUR 749.660
Stand 31.12.2010	EUR 9.600.000	EUR 63.849.660

- Zum Bilanzstichtag bestanden Termingeschäfte folgender Art: Volumen im Derivategeschäft (Angaben in Mio. EUR)

	Nominalbetrag				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	Restlaufzeit					
	< = 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	15,0	135,0	60,0	210,0	-20,3	1,7

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden zu 100 % zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv/Passivsteuerung eingesetzt.

Die Zins-Swaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode inklusive Stückzinsen bewertet. Die Swaps dienen nicht dem Handelsgeschäft.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten außerordentliche Aufwendungen:

Umstellungseffekte auf das BilMoG nach Art. 67 Abs. 7 EGHGB	EUR	498.290
---	-----	---------

- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Durch die vorzeitige Auflösung von Zinsswapgeschäften entstand ein Aufwand in Höhe von 1.390 TEUR.

E. Sonstige Angaben

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf **EUR 61.192** und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf **EUR 100.022**.

- Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

- Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2010 Pensionsrückstellungen in Höhe von **EUR 2.100.188**.

- Am Bilanzstichtag betragen die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für

Mitglieder des Vorstandes	EUR	136.477
Mitglieder des Aufsichtsrates	EUR	525.638

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von **3.706.435 EUR**.

- Die Zahl der im Jahr 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	114,5	43,0

Außerdem wurden durchschnittlich 5,0 Auszubildende beschäftigt.

▶ Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2010	79.379	167.850	–
Zugang 2010	3.768	10.194	–
Abgang 2010	2.452	4.075	–
Ende 2010	80.695	173.969	–

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	718.663
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	110
Höhe der Haftsumme	EUR	–
Max. je Mitglied	EUR	–

▶ Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der PSD Banken e.V. · Dreizehnmorgenweg 36 · 53175 Bonn

▶ Mitglieder des Vorstandes:

Dieter Jurgeit	Vorsitzender	hauptamtlicher Geschäftsleiter
Jürgen Cordes	Vorstandsmitglied bis 30.09.2010	hauptamtlicher Geschäftsleiter
Dr. Stefan Kram	Vorstandsmitglied ab 01.09.2010	hauptamtlicher Geschäftsleiter

▶ Mitglieder des Aufsichtsrates:

Michael Strueß	Vorsitzender bis 15.03.2010	Beamter im Ruhestand
Jürgen Sauer	Vorsitzender ab 15.03.2010	Gewerkschaftssekretär ver.di
Petra Bartholomäus	stellvertr. Vorsitzende ab 15.03.2010	Abteilungsleiterin Briefzentrum
Gustav Klein	2. stellvertr. Vorsitzender	Vorstandsbeauftragter für e-Traffic

Jens Amthor
Freigest. BR-Mitglied Dt. Telekom AG Hamburg

Jürgen Rohoff
Betriebsrat Deutsche Post AG

Boy Meinert Boysen
Angestellter PSD Bank Nord eG

Gertlinde Schönwald
Gewerkschaftssekretärin ver.di

Hannelore Heß
Ruheständlerin

Peter Schnaars
Pensionär

Gerhard Kresse
Pensionär

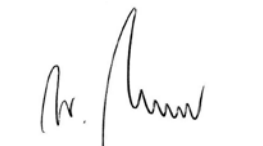
Jens Schnare ab 29.06.2010
Betriebsrat Deutsche Telekom AG, NL NW

Reinhard Kuschewitz
Betriebsrat GF Deutsche Post AG

Hamburg, den 09.02.2011

PSD Bank Nord eG
(Firma der Genossenschaft)
Der Vorstand


gez. Dieter Jurgeit


gez. Dr. Stefan Kram

Bestätigungsvermerk des Prüfungsverbandes

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der PSD Bank Nord eG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k und 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Genossenschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bonn, den 19.04.2011

Verband der PSD Banken e.V.

gez. Maetje
(Wirtschaftsprüfer)

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der Generalversammlung am 29.06.2011 festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

A. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 der PSD Bank Nord eG

I. Geschäftsverlauf

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands war im Jahr 2010 von einem kräftigen Konjunkturaufschwung geprägt. Die privaten Konsumausgaben sind um 0,4 % gestiegen. Der Außenhandel expandierte kräftig.

Die Arbeitslosenquote nahm von 8,2 % in 2009 auf 7,7 % in 2010 ab. Die Verbraucherpreise lagen um 1,1 % über dem Vorjahresniveau. Der Leitzins im Euro-Raum blieb das ganze Jahr hinweg auf seinem Rekordtief von 1 %. Der Euro hat in 2010 schwer unter der Schuldenkrise der GIPS-Staaten gelitten. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte belasteten die Turbulenzen um die Staatsfinanzen finanziell angeschlagener Euro-Staaten die Gemeinschaftswährung. Erst mit der Einigung auf einen Rettungsschirm für finanziell angeschlagene Euro-Staaten entschärfte sich die zugespitzte Lage zumindest temporär. Ende September konnte sich der DAX aufgrund der positiven Konjunkturdaten von der 6.000er-Marke abkoppeln. Zum Jahresultimo lag der deutsche Leitindex bei 6.914 Punkten.

Die addierte Bilanzsumme der PSD Banken stieg um 2,8 %.

2. Entwicklung der PSD Bank Nord eG

Die Geschäftsentwicklung verlief auch in diesem Jahr wieder zufrieden stellend. Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

Geschäftsvolumen	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	%
Bilanzsumme	1.772.428	1.760.426	+ 12.002	0,7
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften	170	215	- 45	20,9

Das Geschäftsjahr 2010 verlief für unsere Bank erfolgreich. In einem von intensivem Wettbewerb geprägten Umfeld konnte sich unsere Bank am Markt behaupten.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	%
Kundenforderungen	1.408.451	1.367.876	+ 40.575	3,0
Wertpapiere - Aktivpositionen A2a, A5 u. A6	262.505	250.608	+ 11.897	4,7
Forderungen an Kreditinstitute	52.279	92.418	- 40.139	43,4

Im Berichtsjahr konnte das Kreditvolumen erhöht werden.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	222.240	239.362	- 17.122	7,2
Spareinlagen	814.863	728.338	+ 86.525	11,9
andere Einlagen	627.019	687.713	- 60.694	8,8
verbriefte Verbindlichkeiten	–	1	- 1	100,0

Die Kundengelder konnten gegenüber dem Vorjahr erneut einen Zuwachs verzeichnen. Wir haben den Zuwachs bei den Kundengeldern teilweise genutzt, um unsere Bankenrefinanzierungen zu reduzieren.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	1.322	1.070	+ 252	23,6
andere Vermittlungserträge	489	407	+ 82	20,1
Erträge aus Zahlungsverkehr	610	566	+ 44	7,8

Durch bedarfsgerechte Beratung unserer Kunden und Mitglieder konnten wir eine Verbesserung unserer Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft erzielen.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2010 wurden neben Ersatzinvestitionen auch Vorauszahlungen für künftige Investitionsvorhaben geleistet.

Personal- und Sozialbereich

Der durchschnittliche Personalstand betrug 143,5 Mitarbeiter. Für Aus- und Fortbildung wurden insgesamt 242 Tage aufgewendet. Es wurden 3 Auszubildende eingestellt.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die betrieblichen Sozialleistungen der Bank bewegen sich im üblichen Rahmen. Es bestehen Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung. Die Mitarbeiter werden – überwiegend – nach den tariflichen Vereinbarungen entlohnt. Die Altersstruktur unserer Mitarbeiter entspricht den betrieblichen Erfordernissen.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Um unseren Mitgliedern und Kunden ein verbundkonformes Angebot im Bereich der Versicherungen unterbreiten zu können, fand 2010 der Wechsel von Alte Leipziger zu R+V Versicherungen statt.

II. Darstellung der Lage der PSD Bank Nord eG

1. Gesamtbanksteuerung, Risikomanagement

Das Risikomanagement im Bankgeschäft wird vor dem Hintergrund der wachsenden Komplexität der Märkte immer wichtiger. Wir verstehen dies als zentrale Aufgabe. Im Management der Risiken unterscheiden wir zwischen Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie den operationellen Risiken, inklusive Betriebs- und Rechtsrisiken.

Die Kreditrichtlinien und die Beleihungsrichtlinien sind wesentliche Steuerungsinstrumente des Kreditrisikomanagements im klassischen Kundengeschäft. Für die Risikoüberwachung kommt ein im genossenschaftlichen Finanzverbund standardisiertes Ratingsystem zum Einsatz. Die intensive Betreuung von problembehafteten Engagements sowie die Abwicklung von gekündigten Kundenkrediten, inklusive Sicherheitenverwertung, sind die Hauptaufgaben eines spezialisierten Kundenbetreuungsteams.

Zentrales Steuerungsinstrument für das Kreditrisikomanagement im Eigengeschäft ist ein Marktpartner-Limit-System, mit dem die Risikopositionen zu Kreditnehmereinheiten zusammengefasst und volumensorientiert gesteuert werden. Darüber hinaus wird die Risikostruktur des Eigengeschäfts durch spezielle Struktur-Limite gesteuert. Für die Risikoüberwachung kommen vorwiegend externe Ratings von aufsichtsrechtlich anerkannten Ratingagenturen zum Einsatz. Bei Unterschreiten festgelegter Mindestratings werden die Risikopositionen einer besonderen Beobachtung und Steuerung unterzogen.

Das Marktpreisrisiko wird wesentlich vom Zinsänderungsrisiko bestimmt und wird primär handelsrechtlich-periodisch über alternative Zinsentwicklungsszenarien und bankindividuelle Elastizitäten gemessen und gesteuert. Durch Szenariobetrachtungen werden die Auswirkungen des Zinsänderungsrisikos erfasst und im Wesentlichen über die Duration der Eigengeschäfte und über Zinsderivate gesteuert. Zusätzlich wird das Risiko in ein auf die Risikotragfähigkeit aufbauendes Limitsystem einbezogen.

Das Liquiditätsrisiko wird durch die Liquiditätsverordnung begrenzt. Die Liquiditätssteuerung basiert auf den aufsichtsrechtlichen Vorgaben, ergänzt um betriebswirtschaftliche Aspekte. Die Liquidität und Zahlungsbereitschaft werden eng überwacht.

Dem Betriebsrisiko begegnen wir mit laufenden Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale und der Optimierung der Arbeitsabläufe unter Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung.

Dem Rechtsrisiko wird durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare begegnet. Bei Rechtsstreitigkeiten schalten wir die Rechtsabteilung unseres Verbandes ein.

Über die Steuerung bzw. Minimierung dieser Risikoarten hinaus prüft die eigene Innenrevision regelmäßig die Systeme und Verfahren zur Risikoüberwachung und -steuerung, die Arbeitsabläufe sowie die Einhaltung des internen Kontrollsystems.

Dieser umfassende Steuerungsansatz erlaubt sowohl die frühzeitige Identifizierung von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, als auch die frühzeitige Einleitung von entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Im Rahmen der Organisation erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Handels- und Nichthandels- bzw. Markt- und Marktfolgebereichen sowohl innerhalb der Aufbau- als auch der Ablauforganisation, so dass das interne Kontroll- und Überwachungssystem gewährleistet ist.

Latente Kreditrisiken sind nach allgemein anerkannten Grundsätzen angemessen abgesichert. Das Kreditportfolio wird nach wesentlichen strukturellen Merkmalen (Größenklassen, Branchen, Risikoklassen, Sicherheiten) ausgerichtet. Die Überwachung der Kreditrisiken erfolgt mit Hilfe eines anerkannten Ratingsystems und wird über ein in die Gesamtbanksteuerung integriertes Limitsystem gesteuert.

Gemäß § 25 a Abs. 1 KWG verfügen wir über geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken. Ein entsprechendes Risikoüberwachungssystem wurde aufgebaut und wird laufend weiter entwickelt.

Die wesentlichen operationellen Risiken werden anhand von Notfallplänen und Datensicherungseinrichtungen begrenzt.

2. Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	15.039	14.347	+ 692	4,8
Rücklagen	73.450	70.900	+ 2.550	3,6

Die Bank verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung, die ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren erlaubt. Darüber hinaus ist eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung weiterhin vorrangiges Ziel der Geschäftspolitik. Die Gesamtkennziffer nach der Solvabilitätsverordnung liegt über der vorgeschriebenen Norm von 8,0 %.

Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr von 77,7 % auf 79,5 % erhöht. Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen (Aktiva 5 und 6) unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	%
Anlagevermögen	24.754	28.776	- 4.022	14,0
Liquiditätsreserve	237.751	221.832	+ 15.919	7,2

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 14,8 % an der Bilanzsumme. Hiervon entfällt ein Anteil von 2,4 % Punkten auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere.

Wesentliche weitere Aktiv- und Passivstrukturen

Derivatgeschäfte

Es bestehen insgesamt 9 Swap Geschäfte über z. Zt. 210.000 TEUR, diese wurden ausschließlich zu Absicherungszwecken abgeschlossen.

Zinsänderungsrisiko

Nach den zum 31.12.2010 gemessenen Zinsänderungsrisiken wird die Ergebnisentwicklung nur im Falle hoher Marktzinsveränderungen wesentlich beeinträchtigt werden.

Währungsrisiko

Wesentliche Währungsrisiken sind nicht vorhanden. Bedeutende Risiken für die künftige Entwicklung sind hieraus nicht zu erwarten.

Sonstige Risiken/Chancen

Wesentliche sonstige Risiken, die auf die Lage der Bank Einfluss haben, sind nicht vorhanden.

Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des BVR

Unsere Genossenschaft ist der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht.

3. Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsfähigkeit der Bank war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die Bestimmungen der Liquiditätsverordnung (Kennziffer) wurden zu jeder Zeit eingehalten. Bei Bedarf stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten des genossenschaftlichen Verbundes sowie der EZB jederzeit zur Verfügung.

4. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	19.153	14.762	+ 4.391	29,7
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	7.097	8.992	- 1.895	21,1
Provisionsüberschuss ²⁾	- 307	- 717	+ 410	57,2
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwendungen	8.617	8.740	- 123	1,4
b) andere Verwaltungsaufwendungen	8.266	7.819	+ 447	5,7
Bewertungsergebnis ³⁾	- 3.653	- 1.763	- 1.890	107,2
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	5.053	4.400	+ 653	14,8
Außerordentliches Ergebnis	- 498	-	- 498	-
Steueraufwand	1.828	1.706	+ 122	7,2
Jahresüberschuss	2.727	2.693	+ 34	1,3

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2.

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6.

³⁾ GuV-Posten 13-16

Im Berichtsjahr war ein Anstieg des Zinsüberschusses zu verzeichnen. Die Erträge aus Aktien und anderen festverzinslichen Wertpapieren verminderten sich um 1.895 TEUR.

Im Jahr 2010 wurden Zinsswapgeschäfte zur Absicherung der Zinsänderungsrisiken mit Auswirkungen auf das Zinsergebnis getätigt.

Der Provisionsüberschuss beträgt -307 TEUR.

Die Personalkosten bewegen sich mit 8.617 TEUR nahezu auf Vorjahreshöhe.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind um 5,7 % auf 8.266 TEUR angestiegen.

Die Verwaltungsaufwandsquote ist im Ergebnis deutlich von 74,8 % auf 67,7 % verbessert worden.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere werden – nach der Verrechnung mit Erträgen – in Höhe von -3.653 TEUR (Vorjahr -1.763 TEUR) ausgewiesen.

5. Zusammenfassende Beurteilung der Lage der PSD Bank Nord eG

Insbesondere durch den Wettbewerbsdruck im Bereich der Direktbanken/Internetanbieter werden die Anforderungen an die Produktpalette sowie die Preispolitik steigen. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht daher eine Stärkung der Kundenbeziehungen durch eine bedarfsorientierte Beratung und marktgerechten Konditionen für unsere Kunden. Möglichen Kostensteigerungen im Verwaltungsaufwand versuchen wir mit der Optimierung unserer Prozesse zu begegnen.

III. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Unsere Bank erwartet in den nächsten Jahren einen unverändert anhaltenden harten Wettbewerb im Kundengeschäft, für welchen sie mit ihrem Geschäftsmodell und ihrer Kunden- und Produktphilosophie gut aufgestellt ist.

Für die Ertragslage ist auch in den kommenden zwei Jahren die Entwicklung der Zinsspanne von entscheidender Bedeutung.

Chancen für die Ertragslage bestehen bei anziehender Baukonjunktur im privaten Wohnungsbau, wenn gleichzeitig die Zinsen nur moderat ansteigen sollten.

Beeinträchtigungen für die Ertragslage sehen wir bei einem deutlich höheren als dem erwarteten Zinsanstieg, da bei diesem Szenario ein Rückgang der Kreditnachfrage bei privaten Wohnungsbaufinanzierungen droht.

Die Kostenentwicklung muss als Wettbewerbsfaktor weiterhin durch ein straffes Kostenmanagement kontrolliert werden.

Trotz des hohen Wettbewerbsdrucks gehen wir wegen der erwarteten Entwicklung im Kredit- und Einlagengeschäft in den nächsten Jahren von einem steigenden Betriebsergebnis aus.

In Abhängigkeit von der Bonitäts-, der Liquiditäts- und der allgemeinen Zinsentwicklung kann es auch zukünftig zu Schwankungen im Bewertungsergebnis kommen. Deshalb ist eine zentrale Aufgabe des Risikomanagements, die Bewertungsrisiken bzw. Adressausfallrisiken im Eigengeschäft zu begrenzen.

IV. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

B. Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

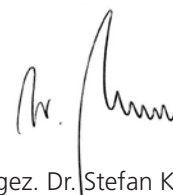
	EUR
6,400 % Dividende auf Geschäftsguthaben	927.109,35
Gesetzliche Rücklage	300.000,00
Andere Ergebnismrücklagen	1.500.000,00
insgesamt	2.727.109,35

Hamburg, den 09.02.2011

PSD Bank Nord eG
Der Vorstand



gez. Dieter Jurgeit



gez. Dr. Stefan Kram

Dieser Vorschlag wurde in der Generalversammlung am 29.06.2011 beschlossen.

C. Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses geprüft, in Ordnung befunden und befürwortet den Vorschlag des Vorstands. Der Vorschlag entspricht den Vorschriften der Satzung.



Hamburg, den 09.02.2011

Jürgen Sauer
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)